

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/11/2022

über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 21.09.2022,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:27 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Herr Uwe Gaumann

Herr Rolf Griesenberg

Herr Detlef Levenhagen

Frau Nadine Levenhagen

Herr Béla Randschau

Herr Erik Schrader

Herr Dr. Detlef Steuer

i. V. f. Frau Hengstler

i. V. f. den verstorbenen Herrn
Bartel

ab 19:03 Uhr, TOP 3

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram

Herr Stefan Gertz

Herr Rainer Möller

i. V. f. Frau Hansen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Joachim Land

Frau Jule Niehus

Frau Celine Nowotka

Kinder- und Jugendbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Peter Kania

Frau Andrea Becker

Herr Achim Keizer

Herr Jannis Heyne

Herr Ulrich Kewersun

bis 20:23 Uhr, TOP 7

bis 20:23 Uhr, TOP 7

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Susanna Hansen

Bürgerliche Mitglieder

Frau Anna-Margarete Hengstler

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2022 vom 07.09.2022
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Stadtverkehr/Vergabe des E-Netzes Ahrensburg
 - 6.2.2. Längere Einbahnstraßenreglung in der Stormarnstraße
 - 6.2.3. Regionalbahn RB81
 - 6.2.4. Prüfauftrag zur Anordnung eines absoluten Halteverbots
 - 6.2.5. Sanierung von Fahrbahnrisen
 - 6.2.6. Widerspruchsbescheid zur Abfallverbrennungsanlage Stapelfeld
 - 6.2.7. Kurzzeitiger Ausfall der Fußgängerlichtsignalanlagen in der Stormarnstraße
 - 6.2.8. Verlegung von Fernwärmeleitungen im Straßenzug Bünningstedter Straße/Reeshoop
 - 6.2.9. Kooperation mit einem Abschleppunternehmen
 - 6.2.10. Sitzungsfolge im Jahr 2022
7. Ergänzung des Rathuserweiterungsbaus um eine Tiefgarage **2022/058/1**
8. Variantenprüfung Erhaltungssanierung und wirtschaftliche Optimierung des Badbetriebes für das badlantic **2022/087**
- a b g e s e t z t -

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 9.1. Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates
- 9.2. Bauzeitenplan für das badlantic
- 9.3. Klassencontainer in der Heimgartenschule
- 9.4. Geschwindigkeitsbegrenzung Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Jannis Heyne als neuen Mitarbeiter des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft, und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Auf den Hinweis des Herrn **Florian Bückler** auf die Beratung über den B-Plan Nr. 104 und seine konkrete Frage als Bewohner des Quartiers Bahnhofstraße/Hamburger Straße, ob der Neubau von Spielplätzen vorgesehen ist, berichtet die Verwaltung, dass die Bauherren von Mehrfamilienhäusern nur verpflichtet werden können zur Anlage von Kleinkinderspielplätzen für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen für ältere Kinder obliegt hingegen der Stadt Ahrensburg, diese hat im Quartier jedoch keine entsprechende Fläche zur Verfügung. Es verbleibt also zunächst bei längeren Wegen zum nächsten Spielplatz, etwa zum Schäferweg. Der Fragesteller zeigt sich enttäuscht und verweist auf die innenstadtnahen Kinderspielplätze in der Stadt Bargteheide.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 07.09.2022 vorgeschlagenen Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Nachdem die Verwaltung bemerkt hat, dass sie in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorstellen wird, kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, den nicht öffentlichen Sitzungsteil entfallen zu lassen.

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf TOP 7 und beantragt für seine Fraktion das Thema nur zu beraten, aber heute nicht zu entscheiden. Begründet wird der Antrag mit dem im Hauptausschuss am 19.09.2022 angesichts des Bürgerentscheides zur „Lebendigen Innenstadt“ angedachten „Runden Tischen“, wobei vor dem ersten Treffen möglichst keine Fakten geschaffen werden sollten. Die Öffentlichkeit unterscheide angesichts der aktuellen Diskussion über Parkplätze in der Innenstadt nicht, ob es sich um öffentlich zugängliche oder um private zur Nutzung von städtischen Beschäftigten handelt.

Die übrigen Fraktionen sehen keinen Zusammenhang dieser beiden Sachverhalte, allenfalls eine notwendige Öffentlichkeitsarbeit, stimmen dem Verfahrens Antrag wegen der Klärung weiterer Verständnisfragen jedoch zu mit der Maßgabe, dass die Angelegenheit am 02., spätestens aber am 16.11.2022 wieder auf die Tagesordnung genommen wird.

Über den Antrag zur Vertagung der Entscheidung bei TOP 7 wird daraufhin abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Hinsichtlich des TOP 8 zum badlantic wird auf die Beratung am 19.09.2022 im Hauptausschuss abgestellt, der federführend ist und eine Lösung angedacht hat, über die am 26.09.2022 direkt die Stadtverordnetenversammlung entscheiden sollte; von daher sollte der TOP 8 insgesamt von der Tagesordnung genommen werden. Hierüber wird entschieden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Letztlich wird über die gesamte entsprechend geänderte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 10/2022 vom 07.09.2022

Die Verwaltung empfiehlt zwei Veränderungen:

Unter TOP 3 Einwohnerfragen wird „Herrn Fleischhackers“ ersatzlos gestrichen, da die betreffende Aussage nicht von ihm, sondern vom Vorstand der MAGNA AG kam.

Unter TOP 8 Sportentwicklungsplanung wird die Protokollierung **Zu Seite 37, Anlage 8** im 1. Absatz wie folgt ergänzt:

„Die Verwaltung ergänzt, dass die Nutzung eines Platzes durch die Umwandlung in einen Allwetterplatz um 1.700 Jahresstunden erhöht wird. Durch eine höhere Auslastung wäre auch die Installation einer Flutlichtanlage zu rechtfertigen.“

Ein Sitzungsteilnehmer bittet, die Einfügung zu TOP 8 wie folgt zu ergänzen:

„Trotzdem fordern einige Ausschussmitglieder, nicht nur auf Kunstrasenplätze zu setzen, sondern auch über die Realisierung eines Echtrasenplatzes nachzudenken.“

Keine weiteren Einwendungen; das Protokoll gilt damit unter Berücksichtigung der vorstehenden Anpassungen als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Stadtverkehr/Vergabe des E-Netzes Ahrensburg

Wie bereits in der BPA-Sitzung am 18.05.2022 berichtet, hatte sich zwar der Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn im Mai 2022 mit dem ÖPNV-Netz Ahrensburg und in dem Zusammenhang mit der Einführung von Linienbussen mit Elektroantrieb befasst, jedoch eine Entscheidung auf Basis der dortigen Vorlagen-Nr. 2022/4462 zu folgendem Beschlussvorschlag zunächst vertagt:

„Dem Verfahren einer Direktvergabe des Netzes Ahrensburg an die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH (VHH) in Form einer E-Netz Vergabe (Fahrzeugbetrieb mit elektrisch betriebenen Bussen) mit Betriebsbeginn zum Fahrplanwechsel am 14.12.2024 wird zugestimmt.“

Dieser Beschluss wurde nunmehr in der VA-Sitzung am 14.09.2022 nachgeholt. Damit können die Sondierungsgespräche zwischen Kreis Stormarn, HVV und VHH beginnen, wobei die Stadt Ahrensburg die eigenen Belange zu gegebener Zeit einbringen sollte.

Ergänzend hierzu hat sich der Behindertenbeirat mit dem ÖPNV in Ahrensburg befasst, die dem Protokoll als **Anlage** beigefügte Stellungnahme abgegeben und gebeten, auch weiterhin bei den Überlegungen für einen barrierefreien Nahverkehr mitzuarbeiten. Die Stellungnahme ging auch an den federführend zuständigen Kreis Stormarn.

6.2.2. Längere Einbahnstraßenregelung in der Stormarnstraße

Es wird Bezug genommen auf das Bauvorhaben auf dem ehemaligen städtischen Grundstück Alte Reitbahn. Aufgrund der Dimension und Lage des genehmigten Gebäudes nahe der Stormarnstraße zeichnet sich nach dem Bauzeitenplan bereits jetzt ab, dass dieser Straßenabschnitt zwischen abgehängter Stormarnstraße bzw. Zufahrt Parkplatz auf dem Stormarnplatz und ca. der Kreuzung Klaus-Groth-Straße ab Anfang des Jahres 2023 für mindesten zwei Jahre durch eine Sondernutzung auf eine Fahrspur beschränkt werden muss mit der Folge, dass eine Einbahnstraße in Richtung Norden (Heimgarten) angeordnet werden muss.

Dieses betrifft auch HVV-Buslinien, die zumindest in einer Fahrrichtung über Manfred-Samusch-Straße/Klaus-Groth-Straße geführt werden.

Ein Ausschussmitglied regt in dem Zusammenhang an, während der Umleitung in der Klaus-Groth-Straße zwischen Stormarnstraße und Reeshoop die Haltverbotsbereiche auszuweiten.

Anmerkung der Verwaltung:

Gleichzeitig mit der Verkehrsanordnung vom 07.07.2022 ist zur störungsfreien Befahrung der Umleitungsstrecke ein Haltverbot in der Klaus-Groth-Straße angeordnet worden; es gilt in den Jahren 2023 und 2024 montags bis freitags in der Zeit von 7 bis 18 Uhr.

6.2.3. Regionalbahn RB81

Wie über die NAH.SH vorab mitgeteilt wurde, könnte in der Zeit von 1/2023 bis 1/2024, also für ein Jahr, die Baustelle Berliner Tor dazu führen, dass die Verstärkerzüge der Linie RB81 zum 15-Minutentakt ab Ahrensburg entfallen müssen und die Stammzüge im 30-Minutentakt hierfür mit mehr Waggons versehen werden.

6.2.4. Prüfauftrag zur Anordnung eines absoluten Halteverbots

Auf die Nachfrage in der letzten Sitzung zur Umsetzung des nachfolgenden BPA-Beschlusses vom 15.09.2021

„Die Verwaltung möge prüfen, ob in der Rathausstraße und in der Großen Straße (Teilstück zwischen Rathausstraße und Klaus-Groth-Straße) ein absolutes Halteverbot angeordnet werden kann - und wenn möglich, anzuordnen.“

wird diesem Protokoll als **Anlage** die rechtliche Beurteilung der städtischen Verkehrsaufsicht bekannt gegeben.

6.2.5. Sanierung von Fahrbahnrisen

Auch in diesem Jahr werden im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen in einer Aktion große Risse oder offene Mittelnahte mit Plastasphalt verschlossen. Die Arbeiten sollen bis zum 10.10. beginnen und bis 31.10. fertig gestellt sein sowie folgende Straßen(-abschnitte) betreffen:

- Voßberg
- Parkallee
- Am Wiesengrund
- Vogelsang
- Hamburger Straße (im Bereich U-West)
- Beimoorweg (zwischen Am Hopfenbach und Ostring)

6.2.6. Widerspruchsbescheid zur Abfallverbrennungsanlage Stapelfeld

Mit Bescheid vom 04.03.2022 erteilte das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer thermischen Abfallbehandlungsanlage für Siedlungsabfälle, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle und aufbereitete Siedlungsabfälle.

Der Widerspruch der Stadt Ahrensburg vom 19.05.2022 mit den nachgereichten Begründungen und Hinweisen wurde nunmehr durch Bescheid vom 12.09.2022 zurückgewiesen.

Der Widerspruch sei zwar zulässig aber unbegründet. Er hätte nur dann Erfolg gehabt, wenn die Stadt Ahrensburg durch die Genehmigungen zugleich in eigenen Rechten verletzt würde und die verletzte Norm zumindest auch dritt-schützende Wirkung hat, was im konkreten Fall nicht gegeben scheint.

Die Verwaltung befürchtet eine ähnliche Entscheidung im Rechtsbehelfsverfahren über die Klärschlammverbrennungsanlage in Stapelfeld.

6.2.7. Kurzzeitiger Ausfall der Fußgängerlichtsignalanlagen in der Stormarnstraße

Wie die Verwaltung feststellt, seien die beiden mobilen Fußgängerlichtsignalanlagen zur Querung der Fahrbahn in der Stormarnstraße auf Höhe des Bauvorhabens Alte Reitbahn ausgefallen. Der Ausfall habe seine Ursache gehabt in dem nicht jederzeit verfügbaren Baustrom. Der Mangel ist kurzfristig behoben worden und dürfte so nicht mehr auftreten.

6.2.8. Verlegung von Fernwärmeleitungen im Straßenzug Bünningstedter Straße/Reeshoop

Ein Ausschussmitglied erinnert an die Planung, Wärmeleitungen vom Klärwerk zumindest bis zum badlantic, wenn nicht gar zu den Schulgebäuden in der Hermann-Löns-Straße und in der Schulstraße, zu verlegen.

Hierzu berichtet die Verwaltung, dass die Probebohrungen mit den entsprechenden Analysen noch nicht abgeschlossen werden konnten und insofern noch keine Detailplanung der hier federführenden Stadtwerke Ahrensburg GmbH vorliegt.

6.2.9. Kooperation mit einem Abschleppunternehmen

Ein Ausschussmitglied erinnert an die Fragen vom 07.09.2022, ob eine Kooperation mit einem Abschleppunternehmen möglich ist.

Eine Auskunft hierzu wird in der nächsten BPA-Sitzung erbeten.

6.2.10. Sitzungsfolge im Jahr 2022

Wie der Ausschussvorsitzende feststellt, kann die zunächst für den 05.10.2022 vorgesehene BPA-Sitzung entfallen. Es verbleiben insofern in diesem Jahr folgende reguläre Sitzungstermine:

02.11.2022, 19 Uhr
16.11.2022, 19 Uhr
07.12.2022, 19 Uhr
21.12.2022, 18 Uhr

Vorbehaltlich der Entwicklung der Pandemie soll im Anschluss der letzten Sitzung ein Weihnachtsessen eingeplant werden.

7. Ergänzung des Rathuserweiterungsbaus um eine Tiefgarage

Vor Einstieg in das Thema stellt sich zum einen der kürzlich eingestellte Architekt Jannis Heyne als neuer Mitarbeiter des FD IV.4 Zentrale Gebäudewirtschaft vor. Er verfügt über eine rund fünfjährige Berufserfahrung und soll die Rathuserweiterung projektieren.

Zum anderen berichtet Herr Keizer vom Verfahrensstand. Während der Vertrag mit dem Architekturbüro auf Basis des Wettbewerbs für die Bauplanung und die Außenanlagen abgeschlossen sei, gelte es nunmehr, über eine Preisanfrage einen Statiker und über ein europaweites VgV-Verfahren ein Büro für die Gebäudetechnik zu gewinnen. Die so zu erarbeitende Haushaltsunterlage Bau (HUBau) könnte bis Herbst 2023 er- und in den Ausschüssen vorgestellt werden. Sie beinhaltet auch eine detailliertere Kostenberechnung unter Berücksichtigung der auch im Hochbau zu verzeichnenden spürbaren Preissteigerungen.

In der anschließenden Beratung werden unterschiedliche Ansichten bei den einzelnen Verfahrensschritten deutlich:

Während ein Teil der Ausschusssmitglieder sowohl den Bedarf als auch den Nachweis der Kfz-Stellplätze nachvollziehen kann und die Stadt aus Gleichbehandlungsgründen zur Herstellung der Stellplätze verpflichtet sieht, zumal die Stadt wächst und die Beschäftigtenzahl langfristig steigen dürfte, lehnen andere Sitzungsteilnehmer diese positive Grundsatzentscheidung auf dieser Basis ab.

Zunächst sollte geprüft werden, in welchem Umfang man für das in der Innenstadt mit guter ÖPNV-Anbindung gelegene Rathaus analog des Konzeptes für den Neubau Lindenhof eine Befreiung für einen Teil der Stellplätze aussprechen kann. Für die verbleibende Anzahl sowie um darüberhinausgehende Bedarfe zu decken, sollte kostengünstigere Alternativen zur Tiefgarage entwickelt werden; erwähnt wird

- eine mittelfristig wieder abbaubare Parkpalette im Umfeld des Rathauses,
- der Erwerb von Baulasten auf fremden Grundstücken, wobei die Stellplätze auch für die Stadt verfügbar sein müssen,
- über den physischen und langfristigen Nachweis hinaus die Anmietung „unbelasteter Parkplätze“ im fußläufigen Umfeld des Rathauses durch die Stadt mit dem Ziel, diese den derzeit im Rathaus Beschäftigten (kostenlos) zur Verfügung zu stellen.

Wie die Verwaltung hierzu betont, könnten diese Alternativen nicht zwangsläufig wirtschaftlicher als die vorgeschlagene Tiefgarage unter der Rathausenerweiterung sein (ca. Preise für eine Baulast 20.000 €, für die Doppelparker-Technik 15.000 €) zumal

- ohne die vorgeschlagene Tiefgarage des Erweiterungsbaus auch die untere Tiefgarage des Rathauses mit den zwölf Stellplätzen nicht mehr anfahrbar sei,
- die Erklärung des Bauherrn zur Auskömmlichkeit der Kfz-Stellplätze nicht im Missverhältnis zum tatsächlichen Bedarf stehen dürfe mit den zehn Dienstwagen, der Nutzung vieler privater Pkw für dienstliche Zwecke und den vielen Beschäftigten mit auswärtigem Wohnsitz.

Die Verwaltung erklärt darüber hinaus, dass ein Anmieten privater Stellplätze, die zwar z. B. einer Wohnung zugeordnet, aber unbenötigt seien, rechtlich nicht zulässig sei, obwohl dies gängige geduldete Praxis sei. Dies führte insbesondere im Rückblick auf die vergangene Parkraumzählung zu einigen Irritationen im Ausschuss.

Nachdem ein Ausschussmitglied davor gewarnt hat, die Stellplatzpflicht über großzügige Ausnahmeregelungen auszuhöhlen und den Vorgaben nicht zu genügen, kommt man wie vereinbart überein, die Entscheidung möglichst am 02.11.2022 herbeizuführen.

**8. Variantenprüfung Erhaltungssanierung und wirtschaftliche Optimierung
des Badbetriebes für das badlantic**

— a b g e s e t z t —

9. Anfragen, Anregungen, Hinweise

9.1. Sitzungen des Kinder- und Jugendbeirates

Wie bereits vor 14 Tagen macht eine Vertreterin des Kinder- und Jugendbeirates auf dessen öffentliche Sitzungen aufmerksam und erneuert das Angebot an die Gremienmitglieder, hieran teilzunehmen.

9.2. Bauzeitenplan für das badlantic

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, sei es in Vorbereitung des abgesetzten Tagesordnungspunktes 8 auf Unterlagen gestoßen, wonach der seinerzeit geplante Neubau badlantic im Jahr 2023 fertig gestellt werden sollte. Es gelte aufzuarbeiten, weshalb die Planungs- und Entscheidungsphase sich zeitlich so gestreckt hat.

9.3. Klassencontainer in der Heimgartenschule

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, dem Gerücht nachzugehen, inwieweit eine angeblich fehlende Tür in der Containeranlage deren Inbetriebnahme zumindest teilweise gefährdet.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Containeranlage mit zwei Klassen aus 2021 wurde in den Sommerferien 2022 um zwei Klassen aufgestockt. Hierbei wurde die Gesamtleistung an die ausführende Firma der bestehenden Anlage vergeben. Die beiden seitlichen Treppen konnten von der Firma allerdings nicht montiert werden, da die Fundamente der Containeranlage nicht beachtet wurden und wiederum die Fundamentierung der Treppen behinderten. Zwischenzeitlich war durch die Verwaltung eine einvernehmliche Lösungsmöglichkeit herbeigeführt worden, die allerdings durch den Personalwechsel bei der ausführenden Firma wieder negiert wurde. Nun ist eine neue Lösung gefunden worden. Die neue Statik der Treppenanlagen liegt beim Prüfstatiker. Sobald die Statik geprüft ist (39. KW), werden die Treppenfundamente hergestellt und die Treppen montiert. Wir gehen momentan davon aus, dass die beiden Klassenräume nach den Herbstferien nutzbar sind.

9.4. Geschwindigkeitsbegrenzung Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, gelte trotz der laufenden Restarbeiten der Versorgungsträger in der Hamburger Straße innerhalb des Zentrum-Ringes die Regelhöchstgeschwindigkeit. Empfohlen wird die Höchstgeschwindigkeit auf etwa 20 km/h anzuordnen, um bis zum Ausbaustart dieser Innenstadtstraße die Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren.

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer